

Pressemitteilung zum Nachgang an die Pressekonferenz am 15.02.2016

„Regionale Strategien gegen Rechtsextremismus 2016“

Nürnberg, 15.02.2016

Der Vorsitzende der Allianz Stephan Doll (DGB Mittelfranken) sowie die stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Elisabeth Preuß (Stadt Erlangen), Suzi Streckel (Con. GmbH) und Nanne Wienands (Hofer Bündnis für Zivilcourage) informierten über aktuelle Entwicklungen in der rechtsextremen Szene in der Metropolregion.

Steigende Aktivität von Rechtsextremisten und Hetze

Insgesamt sei eine „steigende Aktivität von Rechtsextremisten und Rechtspopulisten rund um das Thema Flüchtlinge“ in der Metropolregion erkennbar, so Doll. Insbesondere zur rechtsextremen Hetze auf Facebook und anderen „sozialen“ Medien bereitet die Allianz auf Initiative der Arbeitskreis Bildung zusammen mit anderen Partnern derzeit ein Projekt zur Schaffung von Gegenöffentlichkeit unter dem Titel „Vorurteil der Woche“ vor.

Rechtsextreme Gruppierungen wie „Pegida“, die Parteien „Die Rechte“ und der „III. Weg“ sowie rechtspopulistische Parteien wie die „AfD“ instrumentalisieren gezielt die Flüchtlingsthematik zur Verbreitung ihrer rassistischen und menschenfeindlichen Agenda sowie zur Irreführung von Bürgerinnen und Bürgern in der Metropolregion. Hierbei, so Doll, sei es nicht „förderlich wenn demokratische Parteien oder auch die bayerische Staatsregierung durch populistische Äußerungen zusätzliches Öl ins Feuer gießen.“ Dies unterstütze indirekt Parteien wie die „AfD“.

Dankend wendet sich Doll an die große Mehrheit der ca. 40.000 in Nürnberg lebenden Russlanddeutschen, die sich nicht von „Pegida“ und anderen haben instrumentalisiert lassen. Er betonte weiterhin, dass „wer sich mit Rechtsextremen ins Bett begibt“, wissen müsse, „neben wem er liegt“. Auch müsse klar sein, dass sie sich dann jenseits des demokratischen Diskurses stellt.

Parteienverbot

Mit Hinblick auf die Vielzahl von Anschlägen auf Unterkünfte für Asylsuchende, 450 nicht vollstreckten Haftbefehlen gegen rechtsextreme Straftäter, sowie die konkreten Anschlagpläne in Bamberg fordert die Allianz explizit ein Verbot der Parteien „NPD“, der „III. Weg“ und „Die Rechte“.

Belohnung für sachdienliche Hinweise

Als Reaktion auf fiktive Todesanzeigen und Morddrohungen von anonymen Tätern gegen Engagierte im Kampf gegen Rechtsextremismus lobt die Allianz erstmals 1000 Euro für sachdienliche Hinweise aus,

um ein klares Zeichen zu setzen, dass hier eindeutig eine Grenze überschritten wurde und dringender Ermittlungsbedarf besteht.

Stärkung der Zivilgesellschaft

Einher geht dies mit der Forderung der Allianz an die bayerische Staatsregierung das bayerische Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus entsprechend dem Brief der bayerischen Oberbürgermeister kritisch zu überarbeiten. Die bayerische Staatsregierung muss der Zivilgesellschaft und der „Allianz“ als einer der Hauptakteure gegen Rechtsextremismus in Bayern größere Ressourcen zur Verfügung stellen.

Verantwortung der kommunalen Mandatsträger

Frau Dr. Preuß betonte die Verantwortung der Städte und Gemeinden in denen die Stadtoberhäupter deutlich sichtbar vorweg gehen und „Flagge zeigen“ müssen. Als Vertreterin der Gebietskörperschaften in der Allianz betonte sie „die RICHTIGE Zeit für gezieltes Engagement im Kampf gegen Rechtsextremismus ist JETZT“. In diesem Zusammenhang sei es die Aufgabe der Gebietskörperschaften für Fragen aus der Gesellschaft offen zur Verfügung zu stehen und aktiv zu informieren. Zudem verwies sie auf das Engagement der Stadt Erlangen, die in Kooperation mit der „Aktion Courage“ die Initiative „Menschenwürde = unantastbar“ gestartet hat.

Strukturelle Unterstützung Ehrenamtlicher

Nanne Wienands informierte über die spezielle Situation in Oberfranken. Sie begrüßte, dass es dieses Jahr im Gegensatz zu den letzten Jahren keinen rechtsextremen Aufmarsch in Wunsiedel gegeben hat. Sie wertet dies als Bestätigung für das Engagement gegen Rechtsextremismus in der Region. Jedoch ist im ländlichen Raum eher die systematische geplante Teilnahme von Menschen mit rechtsextremer Gesinnung am kulturellen und gesellschaftlichen Leben (Vereine, Stammtische, Feste und Feiern etc.) das gegenwärtige Problem.

Wienands wies auf die Problematik hin, dass in Folge des Ankommens der Flüchtlinge engagierte Ehrenamtliche in der Arbeit gegen Rechtsextremismus „plötzlich zwei Aufgabengebiete“ hätten. So kümmern sich meist dieselben Personen um die ehrenamtliche Versorgung der Flüchtlinge wie auch um die Arbeit gegen Rechtsextremismus. Wienands betont die Notwendigkeit der Schaffung von Strukturen, um diese Arbeit weiterhin möglich zu machen und mahnt, dass diese Aufgabe von Ehrenamtlichen allein nicht zu bewältigen ist. „Chancen jetzt wahrnehmen, nicht nur die Risiken sehen“ ist der Appell von Wienands an die Kommunalpolitiker.

Aufruf an die Wirtschaft – Keine Vermietungen an Rechtsextreme

Suzi Streckel verweist auf die bereits seit drei Jahren laufende „Gastro-Initiative“ der Allianz. Sie betonte, dass nach wie vor Treffen der Neonazis oft in der Gastronomie stattfinden. Häufig wüssten die Gastronomen jedoch nicht, wen sie bei sich beherbergen und auch nicht, wie dagegen vorgegangen werden kann. Die „Gastro-Initiative“ bietet hier Handlungsbeispiele und rechtliche Hinweise. Streckel betont, dass „es eben nicht egal ist, womit man sein Geld verdient.“ Als „Kosmopoliten“ seien die Gastronomen und ihre multikulturellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verpflichtet sich für eine freie und demokratische Gesellschaft einzusetzen.

Gleiches gilt für Autovermieter, die LKWs für Demonstrationen von rechtsextremen Gruppierungen zur Verfügung stellen und sich bewusst sein müssen, welcher Gesinnung sie den Transport ermöglichen.